
11/2016

**Amtliches Mitteilungsblatt
der BTU Cottbus - Senftenberg**

29.06.2016

I n h a l t

Satzung der BTU Cottbus - Senftenberg zur Regelung der Zusammensetzung, der Zuständigkeiten und des Verfahrens des Organs nach § 6 Abs. 2, S. 5 GWHL vom 25. Februar 2016	Seite 2
---	------------

Satzung der BTU Cottbus - Senftenberg zur Regelung der Zusammensetzung, der Zuständigkeiten und des Ver- fahrens des Organs nach § 6 Abs. 2, S. 5 GWHL vom 25. Februar 2016

Aufgrund von §§ 5 Abs. 1 Satz 2, 64 Abs. 2 Nr. 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) vom 28. April 2014 (GVBl.I/14, [18]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 1. Juli 2015 (GVBl.I/15, [18]), sowie § 6 Abs. 2 Satz 5 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Hochschulregion Lausitz vom 11. Februar 2013 (GVBl.I/13, [04]), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. April 2014 (GVBl.I/14, [18]) erlässt die BTU folgende Satzung:

Inhalt

§ 1	Allgemeines.....	2
§ 2	Zusammensetzung, Geschäfts- ordnung, Zuständigkeit.....	2
§ 3	Antrag, Gutachterbestellung.....	2
§ 4	Entscheidung	3
§ 5	Inkrafttreten.....	3

§ 1 Allgemeines

Diese Satzung regelt die Zusammensetzung, die Zuständigkeiten und das Verfahren des Organs nach § 6 Abs. 2 GWHL, das als weiteres zentrales Organ der BTU eingerichtet ist.

§ 2 Zusammensetzung, Geschäftsordnung, Zuständigkeit

(1) ¹Das Organ besteht nach § 39 der Grundordnung aus den Mitgliedern des Senates und gemäß § 6 Abs. 2 Satz 4 GWHL aus weiteren Professorinnen und Professoren, die die Qualifikation nach § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. a BbgHG erfüllen und/oder Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die sich gemäß § 46 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 BbgHG bewährt haben. ²Die Anzahl der weiteren Mitglieder nach Satz 1 ist so zu wählen, dass die Mehrheitserfordernisse nach § 6 Abs. 2 Satz 4 GWHL erfüllt werden. ³Näheres zur Wahl und Abwahl der Mitglieder

des Organs regelt § 29 der Wahlordnung (AMBl. der BTU 02/2016).

(2) ¹Die Mitglieder des Gründungspräsidiums, die zentrale Gleichstellungs- und die oder der Behindertenbeauftragte haben das Rede-, Antrags- und Informationsrecht im Organ. ²Die Geschäftsordnung des Senates findet entsprechende Anwendung.

(3) ¹Die Amtszeiten der Mitglieder des Organs enden mit der Wahl eines neuen Senats. ²Nach der Feststellung des Endergebnisses der Wahlen zum Senat stellt gemäß § 29 Abs. 1 Satz 2 WahIO BTU die oder der Vorsitzende des Zentralen Wahlausschusses in Abhängigkeit von der Zusammensetzung des neuen Senats die erforderliche Anzahl an weiteren Mitgliedern des Organs fest. ³Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Näheres zur Wahl und Abwahl der Mitglieder des Organs regelt die Wahlordnung der BTU.

(4) Das Organ nach § 6 Abs. 2 GWHL ist zuständig für

1. den Vorschlag zur dauerhaften Übertragung der Funktion einer Professorin oder eines Professors für andere als anwendungsbezogene Studiengänge im Sinne des § 41 Abs. 3 Satz 2 BbgHG auf eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer der Hochschule,
2. die Bestellung der Gutachterinnen und Gutachter für eine Entscheidung nach Nummer 1.

§ 3 Antrag, Gutachterbestellung

(1) Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die sich dem Verfahren nach § 6 Abs. 2 GWHL unterziehen wollen, sollen einen schriftlichen Antrag bis spätestens 31.06.2016 an den Gründungspräsidenten stellen.

(2) Der Gründungspräsident leitet die Unterlagen an das Organ weiter, welches auf Vorschlag des Gründungspräsidenten mindestens zwei auswärtige Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern oder Künstlerinnen oder Künstler, die über die Einstellungsvoraussetzungen des § 41 Abs. 1 Nr. 4 lit. a BbgHG verfügen und auf dem jeweiligen Fachgebiet anerkannt sind, zu Gutachterinnen und Gutachtern für das entsprechende Verfahren bestellt.

(3) ¹Die Gutachterinnen und Gutachter nach Abs. 2 haben eine Erklärung abzugeben, dass

ihrerseits keine Befangenheitsgründe in Bezug auf das jeweilige Verfahren vorliegen. ²Befangenheitsgründe nach Satz 1 sind insbesondere:

- Verwandtschaft, persönliche Bindung oder Konflikte mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller,
- Lehrtätigkeit an der BTU,
- eigene oder gemeinsame wirtschaftliche Interessen an der Entscheidung über die Begutachtung,
- unmittelbare wissenschaftliche Konkurrenz mit eigenen Projekten oder Plänen,
- enge Kooperation mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller, z. B. durch gemeinsame Forschungsprojekte innerhalb der letzten drei Jahre,
- Beteiligung an laufenden oder abgeschlossenen Berufungsverfahren betreffend die Antragstellerin oder den Antragsteller.

(4) ¹Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist über den Fortgang des Verfahrens sowie über das Ergebnis der Begutachtung in geeigneter Weise zu informieren. ²Vor der abschließenden Entscheidung des Gründungspräsidenten ist die Antragstellerin bzw. der Antragsteller, insbesondere zum Ergebnis der Begutachtung, anzuhören.

(5) ¹Verfahren, die bis zum Zeitpunkt einer Wahl des Senats bzw. der weiteren Mitglieder des Organs noch nicht abgeschlossen worden sind, gelten auch als Verfahren des neu besetzten Organs. ²Die betroffenen Verfahren werden mit dem Stand weitergeführt, den sie bis zur ersten Sitzung des neu besetzten Organs erreicht haben.

§ 4 Entscheidung

(1) Die nach § 3 Abs. 2 Bestellten prüfen unabhängig voneinander gutachterlich, ob die

Antragstellerin oder der Antragsteller die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 Satz 1 GWHL erfüllt.

(2) ¹Die Gutachten sind nach ihrer Fertigstellung dem Organ nach § 1 zuzuleiten, welches über die Gutachten berät und eine Stellungnahme erarbeitet. ²Die Gutachterinnen und Gutachter können vom Organ zu den beratenden Sitzungen eingeladen werden. ³Die Mitglieder des Organs sowie die in § 2 Abs. 2 Satz 1 genannten Personen haben ein umfassendes Informationsrecht gegenüber den Gutachterinnen und Gutachtern. ⁴Die Stellungnahme des Organs und die Gutachten, sind dem Gründungspräsidenten nach Abschluss der Beratungen vorzulegen.

(3) ¹Der Gründungspräsident prüft abschließend, ob bei der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller alle erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. ²Dabei gelten als weitere dienstpostenbezogene Voraussetzungen:

- mitbetreute Promotionen,
- Publikationsleistungen (Peer Review) oder Patentleistungen,
- Drittmittelforschung, die in Teilen auch methodenorientiert sein muss.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Mitteilungsblatt der BTU in Kraft.

Genehmigt und ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senates vom 25. Februar 2016.

Cottbus, den 29. Juni 2016

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. (NUWM, UA) DSc. h.c.
Jörg Steinbach
Hon.-Prof. (ECUST, CN)